

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Auseinandersetzung mit Klarheit, Augenmaß und Perspektive - Russland-Sanktionen sind ungeeignetes Mittel

Der Landtag stellt fest:

Seit Jahren bieten Russlands Politik und gesellschaftspolitische Praxis immer wieder Anlass für massive Empörung im Westen, für Konfrontation und für die Suche nach geeigneten Mitteln der Reaktion und der Auseinandersetzung mit dem Regime von Präsident Putin. Oppositionelle werden durch undemokratisches Vorgehen an der Ausübung ihrer Kritik am Regime gehindert. Die Aneignung der Krim durch Russland im Jahr 2014 war ein aggressiver Akt, der sich nicht mit dem Völkerrecht deckt. Zugleich hält Russland den Konflikt im Osten der Ukraine wach und bietet dem umstrittenen belarussischen Regierungsführer Lukaschenko seine Unterstützung im Kampf gegen die Opposition an.

Doch die Sanktionen der Europäischen Union gegen die Russische Föderation insbesondere als Antwort auf die Aneignung der Krim zeigen auch nach sechs Jahren noch keinen Wandel in der russischen Politik und keinen sichtbaren Effekt im Friedensprozess für die Ukraine. Die Sanktionen haben die Eskalationsspirale vielmehr weitergedreht und dem bilateralen Verhältnis geschadet.

Statt also die Sanktionen aufrecht zu erhalten oder gar zu verstärken, müssen andere, wirksamere Mittel gefunden werden, mit denen auf einen gesellschaftspolitischen Wandel in Russland und auf eine Deeskalation an seinen Grenzen hingewirkt werden kann. Zentral ist eine friedliche Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts, auf der Basis des Minsker Abkommens. Die demokratische Opposition in Russland muss sich der Solidarität und Verbundenheit des Westens sicher sein; Gewalttaten gegen ihre Anhänger müssen mit allen Mitteln des internationalen Rechts geahndet werden.

Historische Erfahrungen zeigen, dass eine Wiederbelebung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und der zivilgesellschaftlichen Kontakte hilfreich sein kann.

Dies sollte auch der Maßstab bei der Frage um die Fortführung des Baus der Erdgas-Leitung Nord Stream 2 sein. Die Vergiftung von Alexej Nawalny, einem russischen Kreml-Kritiker und Oppositionspolitiker, darf nicht zum Anlass für einen Stopp des Baus genommen werden.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei ihren Bestrebungen, die deutsch-russischen Beziehungen zu fördern und fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Aufhebung der Sanktionen stark zu machen.

Eingegangen: 18.08.2020 / Ausgegeben: 15.09.2020

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für die Fortführung des Baus der Erdgas-Leitung Nord Stream 2 einzusetzen.

Begründung:

I.

Sanktionen haben sich im Falle Russlands als ein politisch weitgehend aussichtsloses Instrument erwiesen. Bundeswirtschaftsminister Altmaier erklärte erst kürzlich, er kenne keinen Fall, in dem ein Land wie Russland durch Sanktionen zu einer Verhaltensänderung bewegt worden sei. Folge seien eher Verhärtungen in der Politik.

Vor 50 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland unter Bundeskanzler Willy Brandt in einer weltpolitisch zugespitzten Zeit mit dem Moskauer Vertrag einen anderen Weg eingeschlagen - den mit Blick auf die internationale Lage wie auf die innere Entwicklung der Sowjetunion letztlich erfolgreichen Weg des "Wandels durch Annäherung".

Es gibt also Alternativen zu Konfrontation und Eskalation in den gegenseitigen Beziehungen.

Auch der diesjährige 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus muss ein Anlass zum Innehalten sein. Er erinnert uns an das unbeschreibliche Leid, das Hitler-Deutschland über Europa und insbesondere die Sowjetunion gebracht hat. Die Opfer, die die Völker der Sowjetunion für die Bekämpfung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bringen mussten, dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Vor diesem Hintergrund wird besonders deutlich, dass Außenpolitik und internationale Beziehungen durch Grundwerte wie Kooperation und Deeskalation geprägt sein sollten.

II.

An einem Ende der Sanktionspolitik hat Brandenburg ein besonderes Interesse. Der Versuch, einen politischen Konflikt über Wirtschaftssanktionen zu lösen, hat insbesondere negative Auswirkungen auf die ostdeutsche Wirtschaft und damit auch die des Landes Brandenburg. Betroffen waren laut der IHK im Jahr 2017 ca. 440 vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Ganze Segmente ihres Geschäfts sind weggebrochen und führen zu erheblichen Umsatzeinbußen. Betroffen sind Unternehmen aus der Metall- und Chemiebranche, Maschinen- und Fahrzeugbau, aber vor allem auch Landwirtschaft und Logistik. Insgesamt sanken die Exporte des Landes Brandenburg nach Russland von 415 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 187 Millionen Euro im Jahr 2016.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Unternehmen, der Ost-Ausschuss - Osteuropa-verein der Deutschen Wirtschaft - sowie Politikerinnen und Politiker aller politischen Richtungen auf Bundes- und Landesebene haben sich daher für eine Beendigung der Russland-Sanktionen ausgesprochen.

Letztlich sind die wirklichen Leidtragenden dieser Sanktionsspirale die Bürgerinnen und Bürger beider Länder, nicht die politisch Verantwortlichen auf staatlicher russischer Seite.